

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 157. Ratssitzung vom 14. Juni 2017

3004. 2017/50

Weisung vom 15.03.2017:

Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2016

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht 2016 der Asyl-Organisation Zürich wird genehmigt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Maleica Landolt (GLP): Die vorliegende Weisung behandelt die Genehmigung des Geschäftsberichts der AOZ. Die GPK behandelte den Bericht am 10. April und wurde von Martin Waser, Verwaltungsratspräsident der AOZ, und Thomas Kunz, Direktor der AOZ, über die Tätigkeiten und die Situation im Jahr 2016 gut und detailliert informiert. Die GPK liess sich auch den Leistungsvereinbarungsvertrag von 2017 zukommen. Vom Herbst 2015 bis Frühling 2016 wurden in der Schweiz ausserordentlich viele Asylgesuche gestellt. Um die Grundversorgung sicherzustellen, mussten Bund und Kantone Ende 2015 ihre Unterbringungskapazitäten erhöhen. Im Zusammenhang mit diesem Auftrag nahm die AOZ einige Aussenstellen beziehungsweise temporäre Durchgangszentren in Betrieb. Per 1. Januar 2016 hat der Kanton Zürich die kommunale Aufnahmequote erhöht. Auf kommunaler Ebene war die Erhöhung der Unterbringungskapazitäten ein zentrales Thema. Eine rasche Beschaffung und Bereitstellung von genügend Wohnraum stellte eine grosse Herausforderung dar. 2016 wurde diesbezüglich sehr viel erreicht. Departementsübergreifend wurde sehr gut und effizient zusammengearbeitet. Auch die Zusammenarbeit mit Baugenossenschaften, Kirchgemeinden und mit vielen Privaten war sehr gut. Diesen und allen Beteiligten ist es zu verdanken, dass die grosse Arbeit so gut bewältigt werden konnte. Obwohl die AOZ 2016 vor allem im Bereich Unterbringung und Betreuung stark gefordert war, hat sie auch das Angebot Bildung und Arbeitsintegration punktuell ausgebaut und sich weiterentwickelt, so etwa mit dem Angebot «Integration Intensiv», ein Brückenangebot zur schulischen Förderung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, und dem Gastrokurs mit Zertifikat in Zusammenarbeit mit Gastro Zürich. Mit den beiden neuen Angeboten konnte eine Lücke geschlossen werden. Ebenfalls wurde aufgezeigt, dass die eigentliche Integration nicht nur in einem Deutschkurs oder in einem Integrationsprogramm stattfindet. Dort werden wichtige Voraussetzungen erarbeitet. Die zentrale Integration findet jedoch erst bei Begegnungen und direktem Kontakt mit der Bevölkerung am Arbeitsplatz und im Wohnquartier statt. Das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement ist ein wichtiger Beitrag für das Zusammenleben und den Integrationsprozess. Wer als Neuankömmling in Kontakt und Austausch mit der Bevölkerung treten kann, findet sich schneller zurecht und kann die Sprache leichter erlernen. Beides sind Voraussetzungen, damit auch der Zugang zum Arbeitsmarkt gelingt und die finanzielle Unabhängigkeit erreicht werden kann. Viele Aufgaben konnten im vergangenen Jahr dank der guten Zusammenarbeit mit institutionel-

len und zivilgesellschaftlichen Partnern gemeistert werden. Wir bedanken uns für das grosse Engagement bei allen Beteiligten. Die Mehrheit der GPK stimmt dem Antrag zur Genehmigung des Geschäftsberichts zu.

Kommissionsminderheit:

Walter Anken (SVP): Die SVP lehnt den Geschäftsbericht ab. Verwaltungsratspräsident Martin Waser spricht im Bericht von einem sogenannten Courant normal. Aus meiner Sicht haben wir im Asylbereich und bei der AOZ angesichts der Medienberichte und des Vergleichs der Zahlen mit der Vergangenheit alles andere als einen Courant normal. Weiter wird erwähnt, dass bei der Neustrukturierung die beschleunigten Verfahren eingesetzt werden können, mit dem Vermerk auf die Integration. Ebenso ist zu lesen, dass zahlreiche junge Leute in die Schweiz kommen, die in das schweizerische Bildungssystem integriert werden müssen. Das stimmt tatsächlich. Die Statistik zeigt, dass es sehr viele Kinder und vor allem junge Erwachsene sind. Im Bericht steht, dass die Zahlen 2016 zurückgingen. Bei den Kosten sieht es aber ganz anders aus. Der AOZ-Direktor Thomas Kunz schreibt, dass er die Durchgangszentren erweitern konnte, weil die Aufnahmequote auch für die Stadt erhöht wurde. Der Bereich Bildung und Betreuung konnte erweitert werden, zudem wird auf die Wichtigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit hingewiesen. Weiter ist im Bericht ein Text eines Professors enthalten, der die Frage stellt, wie tauglich der Integrationsbegriff in nationalen Grenzen ist. Es ist interessant, diesen Text zu lesen. Zum Angebot: Neben Deutschkursen besteht das Angebot der AOZ aus Vermittlungen, Brückenangeboten, begleiteten Lehrstellen, Qualifizierungsprogrammen, Integrationsprogrammen. Es ist eine Fülle von Angeboten. Wir fragen uns, ob diese tatsächlich alle benötigt werden. Zu den Zahlen: Das für 2016 vorgesehene Budget lag bei 161 Millionen Franken. In Tat und Wahrheit fielen reale Kosten von 211 Millionen Franken an. Die Kostentreiber liegen bei 17 Millionen Franken Personalaufwand, 10 Millionen Franken Sachaufwand und einzelnen weiteren Posten. Wir haben in der Stadt eine regelrechte Asylindustrie. Wir von der SVP wissen nicht, wo das enden wird. Wir sind überzeugt davon, dass es sich bei vielen der 6 Millionen Flüchtlinge weltweit um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Das ist auch immer wieder in den Medien zu lesen, ebenso, wie viele Personen illegal einreisen. Tausende von Eritreer reisen im Übrigen wieder über ein Nachbarland nach Eritrea zurück. Dies war in der BaZ zu lesen. Ein weiteres Beispiel: In Schwarzenburg fand kürzlich ein Eritreerfest statt. Auch die Regierung von Eritrea war eingeladen. Ich glaube nicht, dass es sich tatsächlich bei allen um Flüchtlinge handelt, die verfolgt werden. Wir müssen aufhören mit diesem Märchen und endlich konsequent handeln. Aus den genannten Gründen lehnen wir den Geschäftsbericht ab.

Kommissionsmehrheit/-minderheit der RPK (siehe Geschäft GR Nr. 2017/38, Finanzverwaltung, Rechnung 2016, Genehmigung, Dispositivziffer 2, Beschluss-Nr. 3005/2017)

Felix Moser (Grüne): Die Rechnung der AOZ 2016 verzeichnet einen Gewinn von rund 500 000 Franken. Dies entspricht in etwa dem Vorjahresgewinn. Der Gewinn soll vollumfänglich den Reserven zugewiesen werden. Die Rechnung der AOZ ist als Global-

budget in zwei Produktgruppen aufgeteilt. In der ersten Produktgruppe sind alle städtischen Aufträge enthalten, in der zweiten werden alle anderen Aufträge abgerechnet wie zum Beispiel für Drittgemeinden oder den Bund. In beiden Produktgruppen resultiert ein positiver Saldo. Der grössere Teil des Gewinns stammt aus der Produktgruppe mit den Fremdaufträgen. Der Gemeinderat nimmt die Oberaufsicht über die AOZ wahr. Wir haben uns in der RPK die Frage gestellt, was dies genau bedeutet, auch in Bezug auf Budget und Rechnung, und ob wir über genügend Informationen verfügen, um diese Aufsicht wahrnehmen zu können. Aufgefallen ist uns insbesondere, dass die beiden Produktgruppen in der Rechnung zu einem unterschiedlichen Detaillierungsgrad aufgeführt sind. In der ersten Produktgruppe mit den städtischen Aufträgen sind aus unserer Sicht alle relevanten Zahlen enthalten und es ist gut ersichtlich, wohin das Geld fliesst. Bei der zweiten Produktgruppe war lediglich der Saldowert aufgeführt. Wir haben diese Fragen mit dem Direktor der AOZ diskutiert und stellten uns bald die Frage, ob man nicht von der zweiten Produktgruppe auch mehr Informationen haben sollte. Diese Zahlen haben wir danach erhalten. Insofern war dies für uns geklärt. Wir konnten nichts feststellen, das bemängelt werden müsste. Unklar ist lediglich, ob diese Zahlen künftig nur der RPK zugestellt werden oder ob sie auch im Rechnungsbuch enthalten sein werden. Das wird die RPK noch mit der AOZ und Stadtrat Raphael Golta diskutieren. Die Mehrheit der RPK ist zum Schluss gekommen, dass die Rechnung, so wie sie uns mit den Zusatzinformationen vorliegt, korrekt ist.

Stefan Urech (SVP): *Die Stadtverwaltung macht den Eindruck, dass sie den Stellenausbau mehr oder weniger im Griff hat. Bei der AOZ ist es das pure Gegenteil. Bei meinem Eintritt in den Gemeinderat arbeiteten bei der AOZ 450 Personen. Heute sind es über 900 Personen. Das ist mehr als eine Verdoppelung in dieser kurzen Zeit. Auch die Beiträge der Stadt an die AOZ sind um 5 Millionen Franken auf 25 Millionen Franken gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Sparpaket 17/0 gibt es verschiedene Departemente, in denen man sich bemüht, Kosten zu senken. Bei der AOZ hingegen scheint endloses Ausgabenpotenzial vorhanden zu sein. Jede Woche sind neue Stellen ausgeschrieben, es werden neue Studiengänge geschaffen wie Sozialarbeiter, Integrationsfachmann und so weiter. Die GLP sprach bei diesem riesigen Angebot noch von Grundversorgung. Wenn eine studierte Person einem Asylbewerber erklärt, wie ein VBZ-Automat funktioniert, ist das für sie Grundversorgung. Am HB oder an der Limmat beispielsweise erhalte ich den Eindruck, dass sieben Dosen Bier pro Tag ebenfalls zur Grundversorgung gehören. Der stetig wachsende Ausbau dieser Grundversorgung ist das Benzin in den Motoren der Gummiboote, die über das Mittelmeer fahren. Eine mit Blut behaftete Rechnung lehnen wir ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Michail Schiwow (AL): *Die AL wird dem Geschäftsbericht der AOZ zustimmen, wenn auch mit Vorbehalt. Unsere Haltung steht der Haltung der SVP diametral gegenüber. Wir verlangen nicht weniger, sondern mehr und bessere Leistungen von der Stadt für Migrantinnen und Migranten. Wir fordern mehr Integration und keine Ausgrenzung derer, die ihr Land aus welchen Gründen auch immer verlassen mussten. Der Bericht der AOZ ist in der Situation, in der eine Mehrheit des Kantonsrats den vorläufig Aufgenom-*

menen die Sozialhilfe streichen will, beschönigend. Wir anerkennen die Leistung der AOZ in den Bereichen Bildung und Arbeitsintegration, bei der Sozialhilfe, Betreuung und Unterbringung. Doch die Erfolgsbeispiele, die in diesem Bericht so stolz in den Vordergrund gerückt werden, als wären sie die Norm, werden auch von Schatten überdeckt. Es gibt zu viele Beispiele von würdelosem Umgang mit Ausländern, Flüchtlingen, minderjährigen Asylsuchenden, die einen beschämen. Bedenkliche Zustände gibt es nicht nur in der Unterbringung an der Magnusstrasse, sondern auch im Zentrum Juch, in der Übergangshalle 9, oder im MNA-Zentrum Lilienberg. Die AL fordert die AOZ auf, in Zukunft kritischer und auch selbstkritischer mit dieser Realität umzugehen.

Simon Kälin (Grüne): Im vergangenen Geschäftsjahr 2016 hat die Asylorganisation Zürich wieder hervorragende Arbeit in einem teils schwierigen Umfeld geleistet. Das Asylwesen in der Schweiz funktioniert insgesamt sehr gut. Das ist dem grossen Einsatz und Engagement aller Beteiligten auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Strukturen zu verdanken. Darunter befinden sich auch sehr viele Freiwillige, die vor Ort einen wichtigen, persönlichen Beitrag leisten, und die in unserem Land die humanitäre Tradition hochhalten. Dafür gebührt ihnen ein grosser Dank und ein ebenso grosses Lob. Dies gilt auch den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AOZ, allen Partnerinnen und Partnern dieser Organisation und allen Freiwilligen in der Stadt. Im Sommer 2016 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Weichen für eine Neustrukturierung im Asylbereich gestellt. Im Sinne der Integration werden die Verfahren beschleunigt und es gibt neu eine Rechtsvertretung, die für ein faires Verfahren sorgen soll. Nach einem starken Anstieg der Asylgesuche ab Mitte 2015 sind die Fallzahlen im letzten Jahr wieder gesunken. Das führte zu einer merklichen Entlastung bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge. Die AOZ war aber auch 2016 stark gefordert. In den letzten drei Jahren war die Schutzquote sehr hoch. Diese beziffert den prozentualen Anteil von Flüchtlingen, die entweder Asyl gewährt erhalten oder vorläufige Aufnahme finden. Erstinstanzlich endet jeder zweite Asylentscheid mit einem Bleiberecht. Analog zur Fahne des Roten Kreuzes symbolisiert auch unsere Landesfahne Hoffnung und Schutz für alle in ihrem Heimatland verfolgten Menschen und Flüchtlinge auf der ganzen Welt. Unsere Fahne soll für unsere humanitären und zivilisatorischen Errungenschaften stehen, die nicht selbstverständlich sind. Es geht darum, die Menschlichkeit zu erhalten, zu sichern und verzweifelten Menschen in grosser Not beizustehen und ihnen zu helfen. Diese Aufgabe erfüllt in Zürich die AOZ. Die Herausforderungen sind enorm. Krieg, Terrorismus und Klimawandel könnten künftig noch viel mehr Menschen zur Emigration zwingen. Wir müssen sicher sein, dass Menschen auf der Flucht beim Anblick der Schweizer Fahne wissen, dass sie dort in Sicherheit sind.

Matthias Renggli (SP): Die Stadt hat eine Leistungsvereinbarung mit der AOZ abgeschlossen. Die GPK hat den Geschäftsbericht gewürdigt und diesen ohne Polemik mit der Leistungsvereinbarung abgeglichen und konnte so prüfen, inwiefern die beiden übereinstimmen. Massgebend für den Geschäftsverlauf der AOZ ist die internationale Lage beziehungsweise die Anzahl Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten. Vom Herbst 2015 bis Frühling 2016 kamen ausserordentlich viele Asylsuchende, insbesondere Jugendliche in die Schweiz. Das wirkt sich auf die AOZ aus und verlangt von der AOZ und deren Arbeitnehmenden viel Flexibilität. An dieser Stelle möchte ich insbe-

sondere auch den freiwilligen Helfern herzlich danken, die der AOZ beigestanden sind.

Samuel Balsiger (SVP): Es ist beschämend, welcher Blödsinn im Rat erzählt wird und wie auf die Tränendrüse gedrückt wird. Wir haben nun gehört, es sei dem zivilgesellschaftlichen Engagement zu verdanken, dass diese Leute angeblich so gut integriert werden. Ich frage mich, warum die AOZ dann innerhalb eines Jahres einen um 27 % höheren Aufwand verzeichnet, wenn die kostenlosen Leistungen der Zivilgesellschaft so gross und massiv sein sollen. Ich frage mich, warum 45 Millionen Franken mehr ausgegeben wurden und was die linken Parteien persönlich an Engagement geleistet haben. Es handelt sich hier um ein staatliches Engagement. Das linke Spektrum sollte einen Zugang zur Realität finden. Ich habe im Rat bereits zu einem früheren Zeitpunkt Ex-Nationalrat Rudolf Strahm zitiert, der sagte, es kämen hauptsächlich junge Männer aus Armutgründen, die den Wohlstand und den Sozialstaat in der Schweiz suchten. Es gehe nicht darum, dass diese Leute geflüchtet seien. Die linken Parteien wollten das nicht hören. Ich habe auch schon öfters Paul Collier zitiert, einen linksliberalen Ökonomen, der sagt, Europa würde mit dem verlockenden Sozialstaat, den man den Wirtschaftsmigranten bietet, die Leute über das Mittelmeer in den Tod locken. Das ist eine Tatsache. Dass diese Tatsache ignoriert wird, sieht man daran, dass im Vorwort des Berichts steht, es wären tragische Szenen, die an den Grenzen von Europa stattgefunden hätten und deshalb sei das zivilgesellschaftliche Engagement derart gross. Die tragischen Szenen fanden nicht an den Grenzen Europas statt oder in den von den Medien inszenierten Situationen. Die tragischen Szenen finden dort statt, wo Tausende von Leuten im Mittelmeer ertrinken, angelockt durch den Sozialstaat. Im Geschäftsbericht werden diese Personen nicht erwähnt. Es werden andere Beispiele ausgewählt und es wird auf die Tränendrüse gedrückt. Man sollte damit aufhören, Leute hierherzulocken und im Sozialstaat zu betreuen, die nach humanitärem Recht kein Anrecht haben, nach Europa zu kommen. Es sind illegale Migranten, die im Sozialstaat betreut werden. Wegen diesen sterben Zehntausende von Menschen im Mittelmeer.

Michael Schmid (FDP): Es ist wohl unvermeidlich, dass die Beratung über den Geschäftsbericht und die Rechnung der AOZ jeweils eine asylpolitische Grundsatzdebatte auslöst. Es muss aber klar gesagt werden: Die AOZ ist nicht eine Organisation, die aus eigener Herrlichkeit Aufträge erfindet. Sie erfüllt Aufträge, die sie von der öffentlichen Hand erhält: Städtische Pflichtleistungen, zusätzliche städtische Leistungen und andererseits Leistungen von ausserhalb der Stadt. Hier kann man unterschiedlicher Meinung sein. Es ist richtig, dass diese Debatte geführt wird. Ich erinnere an die Diskussion um das Bundesasylzentrum, in der die rot-grüne Ratsseite noch eine Million Franken mehr sprechen wollte. Wir lehnten dies zusammen mit der SVP ab. Heute geht es aber darum, ob die AOZ die Aufträge korrekt ausgeführt hat und ob sie dies wirtschaftlich so umsetzt, dass ihr Grundauftrag gemäss der Verordnung erfüllt ist. Aus diesem Grund nimmt die FDP den Geschäftsbericht an.

Stefan Urech (SVP): Wie Michael Schmid (FDP) bereits sagte: Die AOZ führt Aufträge der Stadt aus. Die SP sagte heute zu einem früheren Zeitpunkt in der Sitzung, Frauen seien die Schwächsten im Bunde. Bei einer Besichtigung im Zentrum Juch sahen wir praktisch nur junge Männer. Ich frage mich, wo die Frauen und die Schutzbedürftigen

6 / 7

sind. Auf diese Frage, die Samuel Balsiger (SVP) und ich stellen, erhalten wir keine Antwort. Man könnte auch so weit gehen, eine Frauenquote für die Asylzentren der AOZ zu fordern. Denn die Frauen sind wirklich schutzbedürftig.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Die AOZ und der Geschäftsbericht der AOZ sind eine politische Projektionsfläche für sehr viele sehr grundsätzliche Meinungsäusserungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik. Dies zeigt sich nicht zum ersten Mal. Die Äusserungen gehen aber auch weit darüber hinaus, wie das Votum von Stefan Urech (SVP) zeigt. Die AOZ vollbringt nicht nur eine schwierige Aufgabe in ihrer alltäglichen Arbeit, sondern sie erbringt diese auch in einem spannungsgeladenen politischen Umfeld im Zusammenhang mit Flüchtlingen. Ich möchte betonen: Die AOZ und die Stadt Zürich sind weder verantwortlich für die Situation, die in Krisenländern herrscht, die der Ursprung ist der Menschen, die hierher fliehen, noch tragen die AOZ und die Stadt die Verantwortung dafür, welche Entscheide Bund oder Kanton im Flüchtlingsbereich fällen. Bei den politischen Rahmenbedingungen nehmen wir Einfluss, wo dies möglich ist, so etwa bei der Bundesasylpolitik durch den Testbetrieb auf dem Juch-Areal oder durch den anstehenden Volksbeschluss zum Bundesasylzentrum. Auf der anderen Seite haben wir kürzlich im Rat auch über ein Referendum zu einem Kantonsratsbeschluss debattiert. Wir – die Politik, nicht die AOZ – versuchen Einfluss zu nehmen. Manchmal haben wir damit mehr Erfolg, manchmal weniger. Manchmal gewinnt eher die eine, manchmal die andere Seite. Doch dies ist die Aufgabe der Politik. Die AOZ vollbringt ihre Arbeit im Rahmen von demokratisch gefällten Entscheiden. Ein Beispiel für diese Entscheide wäre, wenn der Gemeinderat das Budget für den städtischen Bereich genehmigt, oder wenn zuständige Stellen anderer Auftraggebenden Beschlüsse fassen. Es gibt nichts, das auf irgendeine Art und Weise undemokratisch stattfindet oder expandiert. Die AOZ ist eine Organisation, die eine Aufgabe übernimmt, die in der letzten Zeit nicht einfacher wurde. 2016 war die Zeit des erhöhten Kontingents. Ich möchte nochmals betonen, welche ausgezeichnete Arbeit die AOZ in Zusammenarbeit mit anderen städtischen Institutionen oder Dienstabteilungen, aber auch in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft geleistet hat. Wir hinterfragen und überlegen selbstverständlich immer wieder, wie wir hier einen noch besseren Job machen können. In diesem Sinne möchte ich allen Verantwortlichen bei der AOZ und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken: für das grosse Engagement und für die gute Arbeit in einem schwierigen Umfeld, schwierig sowohl in Bezug auf die Aufgaben als auch auf das politische Umfeld. Wir können stolz sein auf die Institution. Ich freue mich auf eine weitere politische Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Asyl- und Flüchtlingsbereich.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

7 / 7

Mehrheit: Maleica Landolt (GLP), Referentin; Vizepräsidentin Christine Seidler (SP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Matthias Renggli (SP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Enthaltung: Michail Schiwow (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 18 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2016 der Asyl-Organisation Zürich wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. Juni 2017 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat